



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Auswirkungen der weltweiten Corona Pandemie auf jeden von uns verlangen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und große Sorgfalt, um die eigene und die Gesundheit aller zu schützen.

Gerne hätten wir Sie zu unserer für den 25. Mai terminierten Mitgliederversammlung eingeladen. Leider ist dies nicht möglich. Wir wissen nicht, wie lange die Beschränkungen des öffentlichen Lebens aufrechterhalten werden. Wir hätten im großen Tagungsraum des NS-Dokumentationszentrums den gebotenen Abstand nur dann einhalten können, wenn wir die Zahl der Teilnehmenden beschränkt und ggfs. sogar einen Mundschutz verpflichtend gemacht hätten. Beides ist nicht möglich. Daher verschieben wir die Mitgliederversammlung auf die Zeit nach den Sommerferien und hoffen, dass wir sie dann durchführen können. Selbstverständlich werden wir Sie rechtzeitig informieren.

Von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens in der Stadt Köln ist auch das NS-Dokumentationszentrum betroffen. Es musste wie alle Museen der Stadt schließen und es ist noch unklar, wann das Haus wieder öffnen kann. Zugänglich bleibt es dennoch: Die Ausstellungen zu »I.G. Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz« sowie »Kriegsenden in Köln« können Sie digital durchwandern. Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung schließt die Ausstellung »Kriegsenden in Köln« mit einer Projektion im öffentlichen Raum an der Fassade der TH-Köln – der alten Universität und ehemaligem Sitz der Gauleitung der NSDAP. Bitte informieren Sie sich, ob die Veranstaltung stattfinden kann. Lesen Sie dazu auch den Artikel des Direktors Werner Jung.

Leider musste die Veranstaltung zur Einweihung des neu gestalteten Gedenkortes Deportationslager Müngersdorf nach Verhängung der Kontaktbeschränkungen am 15. März 2020 abgesagt werden. Aber viele Menschen ließen es sich nicht nehmen, dennoch dahin zu kommen und sich dem Abstandgebot folgend individuell oder zu zweit mit dem neuen Kunstwerk und dem neu angelegten

Weg des Gedenkens vom Kunstwerk zur Gartenkolonie, dem ehemaligen Barackenlager, vertraut zu machen. Der Ort ist weiterhin jederzeit zugänglich und es lohnt sich, dorthin zu gehen.

Aktuell arbeiten wir als Vorstand an zwei Projekten: Die von der liberalen jüdischen Gemeinde gemeinsam mit der Stadt initiierte Aktion »Stolpersteine putzen – Glanz gegen Rechts« wird nun als gemeinsame Aktion der Stadt mit der Gemeinde, unserem Verein und möglichst vielen anderen Unterstützern aus der Stadtgesellschaft unter dem Motto »Glanz statt Hetze« fortgesetzt. Sobald feststeht, wann die Aktion genau beginnen kann, werden wir Sie informieren.

Zusammen mit dem Friedensbildungswerk und dem Kölner Frauengeschichtsverein erarbeiten wir eine App, die die Orte der Geschichte der Demokratie in Köln vom Mittelalter bis in die Gegenwart erläutert.

Der Kampf gegen rechts bleibt auch in Corona-Zeiten aktuell: Hans-Peter Killguss berichtet im neuen Rundbrief des ibs von den Versuchen rechtsextremistischer Gruppen die Corona Krise zu nutzen, um Chaos zu verbreiten und gegen Migranten zu hetzen.

Trotz Krisenzeiten wollen und müssen wir an den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung von der NS-Diktatur erinnern und an alle die, die Widerstand geleistet haben. In einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung erinnert Heribert Prantl an den 9. April 1945, an den Tag, an dem in den Konzentrationslagern der untergehenden NS-Diktatur die letzten Widerstandskämpfer, darunter der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer und der Kunstschreiner Georg Elser, dessen Bombe Hitler nur knapp entging, hingerichtet wurden.

»Der Widerstand gegen den Jahrtausendverbrecher Hitler: Es waren Menschen aus allen politischen Gruppen, die diesen Widerstand geleistet haben, es waren Menschen aus allen Schichten des Volkes – Offiziere, Arbeiter, Adlige, Geistliche. Neben den oft aristokratischen Namen vom 20. Juli stehen die Namen der kommunistischen und sozialistischen Widerständler, von denen so viele in den Konzentrationslagern umkamen; die Namen der Roten Kapelle zum Beispiel, dazu die Namen der Weißen Rose und des Nationalkomitees Freies Deutschland, dazu die Namen der christlichen Widerständler, des Kardinals von Galen etwa, des Jesuiten Alfred Delp und eben der Name Bonhoeffer.

Gemeinsam war ihnen die Ablehnung von Totalitarismus, Rassenwahn und Menschenverachtung. Ihnen allen, allen Widerständlern gegen Hitler, ist das Grundgesetz zu widmen. Ihnen sind all die nicht selbstverständlichen Selbstverständlichkeiten und Rechte im Grundgesetz zu widmen, die wir im Moment so vermissen. Es wäre der Sinn und das Verdienst einer großen Widmung im Grundgesetz, sie alle, die Widerständler gegen Hitler, in einem Atemzug zu nennen: als Märtyrer für ein besseres Deutschland. Es wäre dies die Ökumene des Widerstands.«

Ich wünsche Ihnen und allen, die Ihnen nahestehen: Bleiben Sie wachsam und gesund!

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Vorsitzender des Vereins EL-DE-Haus

02 INHALT

NEUES AUS DEM NS-DOK

- 04** Shut down im EL-DE-Haus
- 05** Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bleiben auch in der Krise eine große Herausforderung
- 05** Acht Wochen nach dem Anschlag von Hanau: Warum wir weiterhin über Rechtsextremismus und Rassismus sprechen müssen

AUS DEM FÖRDERVEREIN

- 09** Eröffnung des »Gedenkorts Deportationslager Köln-Müngersdorf«

AUS ANDEREN INITIATIVEN

- 10** Kein Veedel für Rassismus: Projekt »11000 Fahnen für Köln«
- 11** Spendenaufruf von Maro Drom – Kölner Sinté und Freunde e.V.

BUCHBESPRECHUNG

- 12** Peter Finkelgruen: »Soweit er Jude war ...« Moritat von der Bewältigung des Widerstandes.

Mitgewirkt an dieser Ausgabe haben:

Ulrike Bach | Dr. Werner Jung | Hans-Peter Killguss | Hajo Leib | Dieter Marezky

IMPRESSUM

Herausgeber: Verein EL DE Haus e.V. –
Förderverein des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Appellhofplatz 23 – 25, 50667 Köln | www.nsdok.de
Kontakt: el-de-haus@web.de

Konto: Verein EL-DE-Haus
IBAN: DE03 3705 0198 0008 1922 05 | BIC: COLSDE33

Redaktion: Çiler Firtına, Walla Blümcke, Martin Sölle
Kontakt: el-de-haus@web.de

Verantwortlich laut § 6 MDStV:
Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (Vorsitzender)

Layout: Georg Bungarten

Sie finden alle Newsletter-Ausgaben auf
www.nsdok.de -> Verein -> Newsletter-Archiv.

Dort finden Sie auch Pressemitteilungen und Beitrittsformulare.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechend nicht zwingend der Vereins- bzw. Redaktionsmeinung. Für Inhalte angegebener Links sind deren Betreiber verantwortlich. Veranstaltungshinweise, Termin- und Ortsangaben sind ohne Gewähr.

Datenschutz: Ihre personenbezogenen Daten sowie ihre E-Mail-Adresse werden ohne Ihre Zustimmung nie an Dritte weitergegeben.

Dieser Newsletter kann per Mail unter Angabe Ihrer Mailadresse kostenlos bestellt und jederzeit wieder abbestellt werden.



Shut down im EL-DE-Haus

Es kam alles schneller als gedacht. Noch am Abend des 12. März 2020 eröffneten wir die neue Sonderausstellung über »Die I.G. Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz«. Es handelt sich dabei um eine Ausstellung des Fritz-Bauer-Instituts aus Frankfurt am Main. Die Direktorin des Fritz-Bauer-Instituts, Frau Prof. Sybille Steinbacher, hielt nicht nur eine beeindruckende Rede zur Einführung in das Thema der Ausstellung, sondern animierte – ganz unüblich für eine Eröffnungsrede – das Publikum zu Nachfragen und eigenen Beiträgen. Die Diskussion, die dadurch zustande kam, war derart beeindruckend, dass sie vielen sicherlich stark in Erinnerung bleiben wird. Mehr als ein halbes Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung meldeten sich zu Wort und erzählten von persönlichen Bezügen zum Thema.

Am folgenden Tag konnte die Ausstellung wie üblich besichtigt werden. Es war der 13. März. Ja, für die Abergläubischen unter uns, es war Freitag, der 13. März. Die Ausstellung zu den I.G. Farben wird als die Ein-Tages-Ausstellung in die Geschichte des NS-Dokumentationszentrums eingehen. Denn am Ende des Tages wurde die Schließung der städtischen Museen – zunächst – bis zum 20. April verfügt.

Den ganzen Tag über spielte zunächst eine andere Frage eine Rolle: Kann die Einweihung des neuen Gedenkortes Deportationslager Köln-Müngersdorf am darauffolgenden Sonntag (15. März) wie geplant stattfinden? Immerhin hatten sich nach dem Versand der Einladungskarten fast 4.000 Menschen dazu angemeldet. Mehrfach diskutierte ich mit der sehr verdienstvollen Vorsitzenden des Bürgervereins Köln-Müngersdorf, Frau Jahn-Schnelle, darüber. Das Gesundheitsamt hatte den Veranstaltern sogar grünes Licht

gegeben, allerdings unter dem Vorbehalt, dass diese auch die gesamte Verantwortung zu tragen hätten. Am späten Nachmittag kamen schließlich Frau Jahn-Schnelle und ich zu dem gemeinsamen Entschluss, die Veranstaltung abzusagen. Eine bittere Entscheidung – nach all den Mühen und dem Engagement um die Errichtung des Gedenkortes. Aber es war die richtige Entscheidung. Wem hätte man erklären sollen, dass eine Veranstaltung mit einem sehr umfangreichen Programm, zu dem mehrere Tausend Menschen erwartet wurden, durchgeführt wurde, während bereits Veranstaltungen von 500 Personen und mehr abgesagt wurden. Die Veranstaltung sollte zwar im freien Raum stattfinden, doch angesichts der zu erwartenden großen Anzahl von Besucherinnen und Besuchern hätte man doch dicht an dicht gestanden. Das Presseamt der Stadt Köln wurde über die Absage informiert und eine Mitteilung an die Presse versandt. Diese konnte leider nicht mehr in wichtigen Zeitungen der Stadt am anderen Tag aufgenommen werden. So kamen viele dennoch am Sonntag zum vorgesehenen Termin zum Walter-Binder-Weg nach Müngersdorf (siehe dazu den Beitrag von Martin Sölle in diesem Newsletter). Die Pressemitteilung wurde um etwa 17:30 Uhr versandt.

Keine Stunde später wurde die zweite Hiobsbotschaft am Tag verkündet. Kurz nach 18 Uhr rief mich die Kulturdezernentin Frau Laugwitz-Aulbach an und teilte mir mit, dass der städtische Krisenstab beschlossen hätte, die städtischen Museen ab dem nächsten Tag bis zum 20. April zu schließen. Da die Wachleute bereits um diese Zeit das Haus verlassen hatten, rief ich den Leiter des Wachdienstes auf seinem Handy an, um ihm die Schließung des Hauses mitzuteilen.

Shut down im EL-DE-Haus. Über Nacht. Keine Besucherinnen und keine Besucher. Keine Führungen für Gruppen. Dies trifft ganz unmittelbar die vielen engagierten Guides des Museumsdienstes, die zum großen Teil ihren Lebensunterhalt mit den Führungen verdienen. Für stornierte Führungen wird noch ein Ausfallhonorar gezahlt, aber für nicht angemeldete Führungen eben nichts. Dies ist schon bitter und bedrückend zu sehen, wie hart diese Kolleginnen und Kollegen von der Krise betroffen sind. Die Wachleute waren in den nächsten Tagen noch im Haus – im leeren Haus – und befinden sich seitdem in Rufbereitschaft.

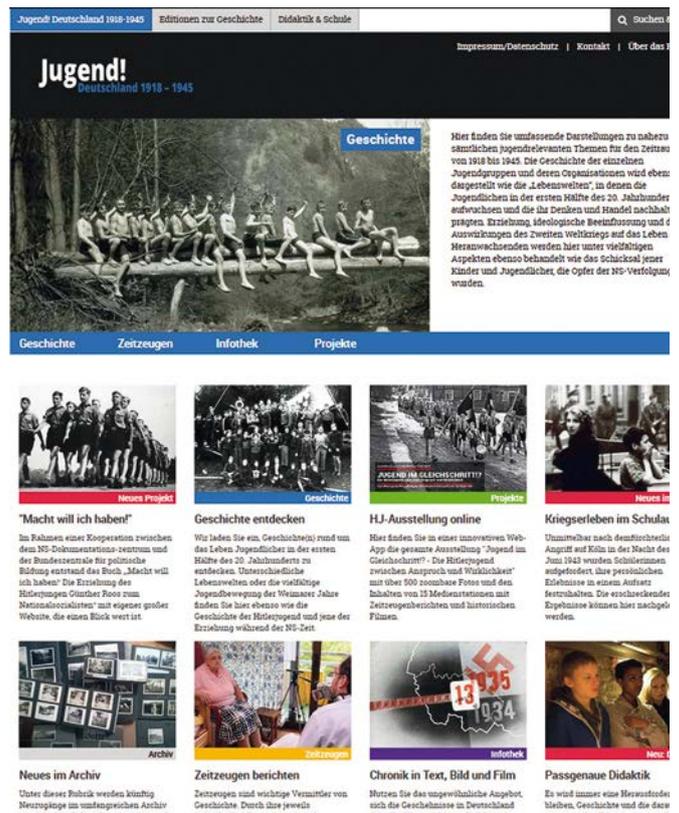
»Absagen« und »verschieben« waren nun die meist benutzten Wörter. Es traf zunächst die beiden Sonderausstellungen, die gezeigt wurden. Die spannende, mit großem Aufwand und Engagement entwickelte Ausstellung zu »Kriegsenden in Köln« war gerade eine Woche zuvor eröffnet worden. Hier wird es wahrscheinlich möglich sein, die Ausstellung nach der Wiedereröffnung der städtischen Museen zu zeigen. Die Ausstellung zu IG Farben wird wohl auf den bereits genannten einen Tag Publikumsbesuch beschränkt bleiben, weil sie zur nächsten Station transportiert werden muss. Alle Veranstaltungen im März, April und bis Ende Mai wurden abgesagt, mehrere in den September verschoben – dies in der Hoffnung, dass sie dann auch tatsächlich stattfinden können. Die bedeutende Ausstellung über »Thessaloniki – Gespaltene Erinnerungen«, die mit den griechischen Partnern wie dem Jüdischen Museum und dem Kunstmuseum in Thessaloniki und dem dortigen Goethe-Institut sowie dem Auswärtigen Amt entwickelt und am 3. Juni im EL-DE-Haus eröffnet werden sollte, musste ich ins Frühjahr 2021 verschieben.

Homeoffice war nun angesagt. Einige Kolleginnen und Kollegen sind zwar noch vor Ort im NS-DOK zu erreichen, aber die meisten befinden sich am häuslichen Arbeitsplatz. Es ist ja ohnehin eine irri- ge Annahme davon auszugehen, wenn ein Museum geschlossen ist, hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichts mehr zu tun. Diese Meinung scheint verbreitet zu sein. Schon zu früheren Zeiten wird man schon mal gefragt, warum man denn montags arbeite, da das Museum doch geschlossen habe. Also es gibt immer genug zu tun. Es sind für die einzelnen Bereiche des NS-DOK verschiedene Arbeitsaufträge erarbeitet worden. Es werden Konzepte, Papiere und didaktische Materialien erstellt und per E-Mail diskutiert. Die Dokumentationsabteilung hat dafür gesorgt, dass für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen die relevanten Teile der Datenbank zur Verfügung gestellt werden konnten. Leider haben nur wenige Kolleginnen und Kollegen online Zugriff auf alle Funktionen ihres städtischen Rechners. Aber das Amt für Informationswesen arbeitet – wie man hört – daran. Die (eine) Historikerin und (vier) Historiker, die seit Jahren am großen Projekt »Selbstbehauptung – Protest – Widerstand in Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945« arbeiten und als »Widerstandsrunde« zu Diskussionen zusammenkommen, sind nun zur »virtuellen Widerstandsrunde« mutiert, in der nun per E-Mail erarbeitete Texte kommentiert und diskutiert werden. Dabei können erhebliche Fortschritte erzielt werden. Ein gutes Medium stellen auch die Telefonkonferenzen dar, die jetzt mitunter innerhalb und außerhalb Stadtverwaltung eingesetzt werden. Auch der geplante Umbau zum »Haus für Erinnern und Demokratie« geht weiter.

In den Zeiten der Krise verweisen viele auf ihre Online-Angebote oder haben diese schnell eingerichtet. Das NS-DOK brauchte nichts neu zu entwickeln, da es seit vielen Jahren über ein sehr umfangreiches und vielfältiges Angebot auf seiner Internetseite www.nsdok.de verfügt. Nicht allein die beiden aktuellen Sonderausstellungen sind mit 360-Grad-Rundgängen verfügbar, sondern alle Sonderausstellungen seit 2013. Auch zur Gedenkstätte Gestapogefängnis und zur Dauerausstellung liegt ein 360-Grad-Rundgang

vor, in dem ein umfangreiches Angebot integriert ist: der Audio-guide in acht Sprachen in einer Länge von jeweils fünfviertel Stunden, die Medienstationen mit mehreren Stunden Filmmaterial und Interviews mit Zeitzeugen und vieles mehr.

Wer dann noch nur einen Blick auf die Internetseite wirft, stößt auf außerordentlich umfangreiche Projekte wie »Jugend 1918 bis 1945« mit den »Editionen zur Geschichte« oder die »Erlebte Geschichte« und zahlreiche andere Projekte. Die Internetseite des NS-DOK ist daher auch kürzlich mehrfach sehr in den Medien gelobt und ihr eine Spitzenleistung (zusammen mit dem Angebot des Historischen Archivs) zuerkannt worden. Mit Recht! Der Besuch unserer Internetseite lohnt sich. Sollte es Ihnen langweilig werden, hier können Sie sich wochenlang sinnvoll beschäftigen.



Wie geht es weiter? Wann die Museen wieder geöffnet sein werden, steht in den Sternen. Vielleicht können in der zweiten Jahreshälfte im eingeschränkten Umfang der Betrieb wieder aufgenommen und Veranstaltungen mit beschränkter Personenanzahl durchgeführt werden. Doch von einer »Normalität« wird lange ins nächste Jahr hinein nicht die Rede sein können. Mittlerweile wurde offiziell mitgeteilt, dass Schulen auch nach der Wiederöffnung der Museen der Besuch von außerschulischen Lernorten untersagt bleibe. Normalität sieht anders aus.

Noch am 10. März 2020 hat der Kulturausschuss einstimmig eine Unterstützung der Arbeit des NS-Dokumentationszentrums beschlossen. Schulklassen aus Köln sollten zum Besuch ins EL-DE-Haus angeregt werden und deshalb für sie Führungen und andere pädagogische Angebote im EL-DE-Haus kostenlos sein. Man wollte 50.000 Euro dafür zur Verfügung stellen. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, einen entsprechenden Ratsantrag zu erarbeiten. Dies wurde als eine Art »Jubiläumsgeschenk« zum 40-jährigen Bestehen des NS-DOK gesehen. Und nun? Doch gerade in den jetzigen Zeiten bedarf es eines besonderen Ansporns, Schulklassen aus Köln zum Besuch des EL-DE-Hauses anzuregen.

Werner Jung

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bleiben auch in der Krise eine große Herausforderung

Nichts beschäftigt uns derzeit so sehr wie die Corona-Krise. Sie stellt unser gesamtes Leben auf den Kopf. Wir müssen unsere sozialen Beziehungen ändern und unser Arbeitsleben neu gestalten. Diese Veränderungen gehen auch an der ibs nicht spurlos vorüber. Workshops werden verschoben und auch die öffentlichen Veranstaltungen sind derzeit ausgesetzt oder stehen unter starkem Vorbehalt. Das NS-Dokumentationszentrum ist mindestens bis zum 19. April geschlossen. Allerdings gibt es umfangreiche Angebote im Internet.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bleiben auch in der Krise eine große Herausforderung. Die Bilder von Booten mit fliehenden Menschen auf der Ägäis, die erst spät gerettet werden oder beim Anlanden von einer aufgebracht Menge abgehalten werden, sind immer noch sehr präsent. Neonazis aus verschiedenen Ländern, darunter Deutschland, fuhrten nach Griechenland um die europäischen Außengrenzen zu »schützen«; dabei griffen sie auch Geflüchtete und Helfer*innen an. Inzwischen sind die Grenzen wegen des Corona-Virus dicht. In den Flüchtlingslagern könnte die Pandemie die Menschen besonders treffen.

Hierzulande gibt es neben Ablehnung auch eine große Solidarität. Neben den vielen Beispielen von Nachbarschaftshilfe, die auch Flüchtlingshilfe einschließt, wird von einigen – gerade jetzt – die Aufnahme von Schutzsuchenden gefordert. Die extreme Rechte hingegen forciert die Politik der Schließung und eine exklusive Solidarität, die nur für diejenigen gilt, die dem deutschen Volk zugeordnet werden. So fordert »Die Rechte Rhein Erft« beispielhaft »nationale Solidarität statt bunter Willkommenskultur«. Ob die extreme Rechte aber tatsächlich die derzeitige Krise und die folgenden ökonomischen und sozialen Verwerfungen propagandistisch nutzen kann, scheint derzeit noch nicht ausgemacht. Aber sie versucht es. So inszeniert sich die AfD als Kraft gegen die »Altparteien« und proklamiert, sie habe schon früher gewusst, was für die Eindämmung des Corona-Virus zu tun sei: Die Schließung der Grenzen und ein »Europa der Vaterländer«. Auch bei Themen wie Produktionsengpässe bei Atemschutzmasken zieht die »Alternative für Deutschland« die nationale Karte. So müssten »die Abhängigkeiten von Lieferanten aus China« verringert werden. (»Für gute Arbeitsplätze in unserer Heimat.«) Die Bürger müssten animiert werden, »wieder mehr »Made in Germany« zu kaufen. Die Globalisierung sei ein Irrweg, das Geld müsse »unserer eigenen Wirtschaft« zugutekommen.

Ganz am Rande wird der völkische »Flügel« der AfD aufgelöst. Der Schritt erfolgte auf Drängen des Bundesvorstands, nachdem der Verfassungsschutz den »Flügel« und seine Mitglieder unter Beobachtung gestellt und als offen rechtsextrem gemeldet hatte. Eine inhaltliche Kurskorrektur der Partei oder ein hartes Durchgreifen gegen Rassismus in den eigenen Reihen ist dabei jedoch nicht zu erwarten.

Hans-Peter Killguss
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus



Vili Viorel Păun



Sedat Gürbüz



Fatih Saraçoğlu



Ferhat Unvar



Gökhan Gültekin



Mercedes Kierpacz



Kaloyan Velkov



Hamza Kurtović



Said Nesar Hashemi

Ermordet aus rassistischen Motiven in Hanau am 19. Februar 2020.

Wir trauern

#saytheirnames

Via AFP: Hanau May, Bonn-Landweg Platz 13, 50778 Berlin

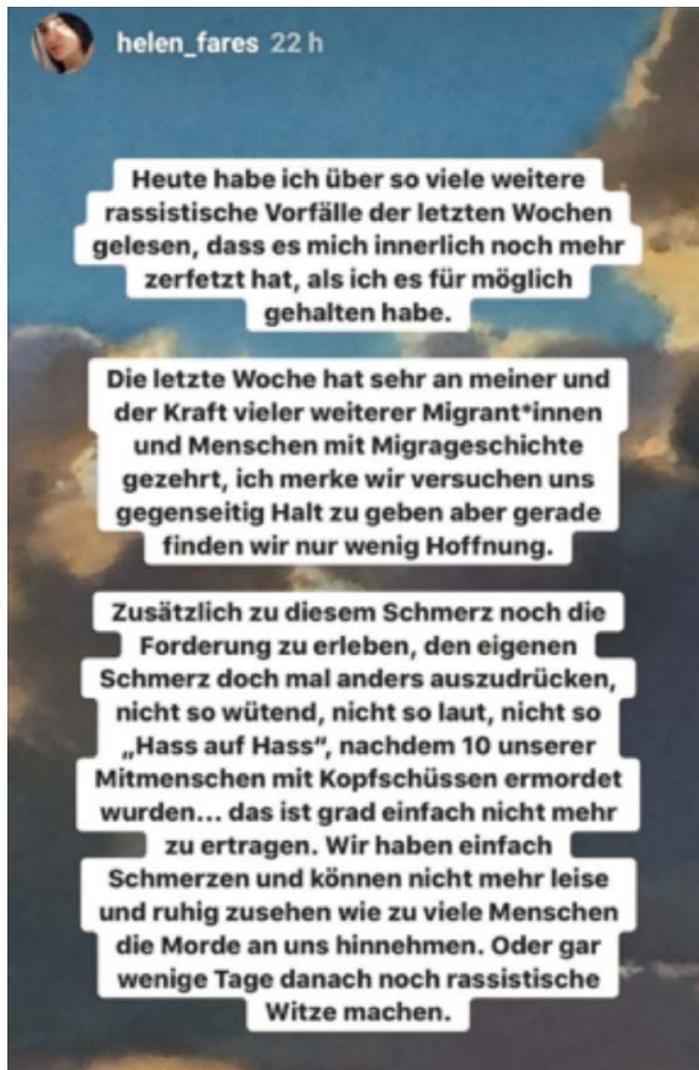
Acht Wochen nach dem Anschlag von Hanau. Warum wir weiterhin über Rechtsextremismus und Rassismus sprechen müssen

Etwa acht Wochen ist es nun her, dass Tobias R. in einem extrem rechten und rassistischen Terrorakt neun junge Menschen ermordet hat: Ferhat Unvar, Vili Viorel P un, Hamza Kurtovi , Sedat Gürbüz, Fatih Saraço lu, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Kaloyan Velkov. Im Anschluss tötete R. seine Mutter und sich selbst.

»Was vorgefallen ist, tut mir so in der Seele weh. Mein Herz blutet dermaßen, ich kann nicht in Worten beschreiben, was passiert ist« – so näherte sich der Hanauer Kemal Kocak, der viele Opfer des Anschlags kannte, dem Schmerz der Angehörigen und Freund*innen. Nicht nur seine auf der Trauerfeier in Hanau gehaltene Rede, die bei YouTube[1] abrufbar ist, erhielt viel Resonanz, auch darüber hinaus war die Anteilnahme in den sozialen Medien sowie der analogen Welt groß, wenn auch noch lange nicht ausreichend. Die erneuten Mahnungen, nun endlich über Rassismus in Deutschland zu sprechen und die Beteuerungen, den rechten Terror ernst zu nehmen, scheinen in Zeiten der Corona-Krise in weite Ferne gerückt zu sein. Dabei sind für Personen, die (im Gegensatz zu den Verfasser*innen) täglich von Rassismus betroffen sind, die Ängste vor Diskriminierung und Gewalt weiterhin da und eine alltägliche Realität. Daneben gibt es auch die Wut, wie sie migrantische Initiativen zum Ausdruck bringen, die anlässlich des Anschlags von Hanau für den 8. Mai zu einem »Tag des Widerstands« aufrufen oder auch die scheinbare Resignation angesichts einer Ignoranz gegenüber der Allmacht rassistischer Vorstellungen: »Ich habe keine Angst, ich bin nicht wütend, ich bin auch nicht mehr traurig«, schreibt Tarik Tesfu. »Ich fühle irgendwie nichts. Weil Rassismus, rechter Terror und das Wegschauen von Politik und Co. mich stumpf machen. Das ist das Schlimmste.«[2]

Kein Rechtsextremist?

Schon kurz nach der Tat sind sich die Bundesanwaltschaft und auch die Bundesregierung einig, dass der Täter nach ersten Erkenntnissen aus »rechtsextremistischen, rassistischen Motiven gehandelt« habe. Das Video, das der Täter veröffentlicht, beinhaltet abstruse Verschwörungstheorien und legt ein zutiefst rassistisches Weltbild offen: er spricht von »Rassen« und von Plänen, verschiedene Regionen von bestimmten Personengruppen zu »säubern«. Rund sechs Wochen nach der Tat machen andere Schlagzeilen die Runde: »Rechte Tat, aber kein rechter Täter?«, ist beispielsweise bei tageschau.de zu lesen.[3] Hintergrund sind Einschätzungen des BKA, nach denen der Täter »in erster Linie nicht von einer rechtsextremen Gesinnung getrieben worden sei. Er habe seine Opfer vielmehr ausgewählt, um möglichst viel Aufmerksamkeit für seine Verschwörungstheorie zu bekommen.«[4] Nachdem es um diese in den Medien verbreitete Einschätzung der Ermittler*innen viel Aufregung gegeben hatte, nahm BKA-Präsident Holger Münch auf Twitter Stellung: »Die Ermittlungen dauern an. Das BKA bewertet die Tat als eindeutig rechtsextremistisch. Die Tatbegehung beruhte auf rassistischen Motiven.«[5]



Quelle: Instagram Helen Fares (bei Instagram »helen_fares«), 14.03.2020, Story-Screenshot

Um das Hin und Her zwischen Ermittlungsbehörden und Medien soll es an dieser Stelle gar nicht gehen, ein Abschlussbericht liegt derzeit noch nicht vor. Aber die kolportierte These, dass der Täter kein Rechtsextremist gewesen sei, löste zu Recht Kritik aus, da sie sich einreihet in eine immer wiederkehrende Relativierung

rassistischer Gewalt in Deutschland. Entsprechende Berichte hätten bei den Angehörigen der Opfer von Hanau Verunsicherung und Empörung ausgelöst, so Selma Yilmaz-Ilkhan, Vorsitzende des Hanauer Ausländerbeirats in der SZ. »Sie fürchteten, dass die politische Dimension dieser Tat vom Bundeskriminalamt verkleinert werde.«[6] Daher habe die Klarstellung den Familien gut getan. Der Schmerz jedoch bleibt.

Zuhören

Viel zu kurz war die Zeit der Trauer nach dem Anschlag, viel zu wenige wichtige Stimmen hatten Raum, um zu Wort zu kommen. Ja, es gab Platz für Solidarität und Mitgefühl. Besonders deutlich wurde dies auf der zentralen Trauerfeier für die Betroffenen des Anschlags in Hanau, auf der Familienmitglieder der getöteten Menschen sich u.a. bei Hanauer*innen für die Anteilnahme bedankten. »Dank an den Ausländerbeirat, die muslimische Gemeinde, den Weißen Ring, und den Hanauer Oberbürgermeister, »der, so wie ich das sehe, uns unterstützt bei der schwierigen Zeit gerade«, so Kemal Kocak, der mit vielen der in Hanau Ermordeten befreundet war.

Doch wieder einmal ging der Rest des Landes viel zu schnell zur Tagesordnung über. »Anschläge mit nicht weißen Opfern werden nicht als Katastrophen wahrgenommen, sie lösen keine flächendeckenden, konsequenten, substanziellen Reaktionen in der Mehrheitsgesellschaft aus«, konstatierte die Autorin und Kolumnistin Sibel Schick im Missy Magazin.[7] Nach Hanau wird es weitere Anschläge und Angriffe geben. Wir werden sie vielleicht nicht verhindern können. Aber wir können versuchen, ihnen den ideologischen Nährboden zu entziehen. Denn »der Rassismus ist in unserer Gesellschaft längst wieder hoffähig geworden und ermutigt Menschen zu solchen Taten«, so Tayfun Keltek, Vorsitzender des Integrationsrats Köln im Kölner Stadt-Anzeiger.[8] So muss eine der Konsequenzen aus dem Anschlag sein, denjenigen zuzuhören, die von alltäglichem Rassismus betroffen sind. Zum Beispiel Serpil Temiz, Mutter des in Hanau getöteten Ferhat Unvar, die in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel eine vollständige Aufklärung der Tat fordert, Unterstützung für die Familien der Angehörigen sowie die Gründung einer Stiftung, die »Aufklärungsarbeit gegen Hass und Rassismus«[9] leisten soll. In dem »Institut für Toleranz und Zivilcourage – 19. Februar Hanau« seien alle Familien der Getöteten und die Verletzten vertreten, berichtet Selma Yilmaz-Ilkhan. Mit dem Verein wolle man Bildungsarbeit betreiben, denn: »Die Familienangehörigen wollen ja nicht Opfer auf ewig sein. Sondern Menschen, die was zu sagen haben und in die Gesellschaft positiv wirken.«

Die »Initiative 19. Februar Hanau« betont: »Hanau ist unsere Stadt, unser Zuhause. So ist es und so wird es bleiben. Hier sind die Angehörigen, Familien und Freund*innen der Opfer und Verletzten. Sie müssen gehört werden« Und weiter: »Und es geht um mehr: Jugendliche und Erwachsene in Hanau sprechen in den letzten Tagen viel darüber, welche Alltagserfahrungen sie mit Rassismus machen – in der Schule, in der Kita, auf der Arbeit, in der Bahn. Auch für diese Gespräche braucht es einen Raum und Vertrauen. Gegen das Vergessen, gegen das Verschweigen, gegen die Angst.«[10]

Politik und Medien

Interessant waren die Reaktionen aus Politik und Medien. Wurde in den ersten Berichten einzelner Medien noch von »Shisha-Morden« geschrieben und gesprochen, wurde das nach massiver öffentlicher

Kritik durchaus korrigiert. Das ist auch das Ergebnis von People of Colour und rassismuskritischen Menschen, die sich in die Auseinandersetzung um Deutungshoheit eingemischt haben und nach den Debatten um den NSU zunehmend Gehör finden. Beispielhaft für viele bezeichnete Boris Rhein (CDU), Präsident des hessischen Landtages, die Tat als rassistisch und verwies darauf, dass die Ermordeten »zu uns gehören«. »Sie waren keine Fremden. Sie waren Mitbürger unserer Gesellschaft“, betonte der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) in Ablehnung des Wortes »Fremdenfeindlichkeit«.

Trotz solcher positiven Beispiele plopt dennoch zum tausendsten Mal die Frage auf, warum viele Medien, Politiker*innen und Bürger*innen immer noch in den 1990ern festzustecken scheinen und immer noch von »Fremdenfeindlichkeit« sprechen – so z.B. geschehen auf verschiedenen Kölner Gedenkveranstaltungen zu Hanau. Medial werde »oft die Erzählung fortgeschrieben, dass ein Deutscher (einer von ›uns‹) Migrant*innen getötet hat (einige von ›denen‹)«, schreiben die »Neuen deutschen Medienmacher*innen« in einer Stellungnahme zu Hanau: »Unsere Perspektive dagegen ist: Hier hat ein weißer Deutscher zehn Hanauer*innen getötet (viele von ihnen sind ohnehin nie migriert), weil er eine völkisch-rassistische Weltanschauung vertritt.«[11] Wer Menschen als »fremd« bezeichnet, macht sie zu Fremden und grenzt sie aus. Nennen wir das Kind beim Namen: es ist und bleibt Rassismus.

Es sind genau solche sprachlichen und damit auch gedanklichen Gewohnheiten und Mechanismen, die als Teil eines Systems von Rassismus und Diskriminierung Menschen dazu bringen, ihre Existenz, ihre Emotionen, ihren Namen, ihr Aussehen, ihr Leben an einem bestimmten Ort und ihre Entscheidungen immer wieder legitimieren zu müssen. Sie bereiten den Nährboden für Hass und Hetze, suggerieren, dass der Anschlag in Hanau keiner war, der jede*n etwas angeht.

Abwehr

Ein Schlag ins Gesicht für die Betroffenen: das Narrativ vom »wirren Einzeltäter«, das nicht nur, aber insbesondere durch Vertreter*innen der »Alternative für Deutschland« in den öffentlichen Raum gespeist und dort aufgenommen wurde. »Die wahnhaftige Tat eines Irren« benannte AfD-Parteichef Jörg Meuthen den rechtsterroristischen Anschlag und die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel twitterte vom »Amoklauf eines offensichtlich Geistesgestörten«. Ähnlich gesprochen wurde schon über den Mord an Walter Lübcke oder den antisemitisch, rassistisch und antifeministisch motivierten Anschlag in Halle. Schnell werden die psychischen Einschränkungen des Täters angeführt, die als Legitimation für die Taten herhalten sollen. Die Pamphlete des Täters von Hanau legen tatsächlich den Schluss nahe, dass er Wahnvorstellungen hatte. Doch mit der Reduktion des Täters auf seine scheinbare »Unzurechnungsfähigkeit« tritt die rassistische Motivation zur Tat in den Hintergrund. Viel offensichtlicher: sein Handeln aus rassistischen Motiven, der Fantasie des »großen Austausch«, sein Wunsch »Bevölkerung zu säubern« und sein Aufteilen von Menschen, die »zum deutschen Volk gehören oder nicht«. Eine Erkrankung schützt nicht vor rechten Ideologien, sie ist keine Erklärung für die Ermordung von Menschen, die der Täter nicht zufällig aussuchte. Seine Motive wurden mittels Schreiben und Video durch den Täter selbst eindeutig dokumentiert. Dort wird von der »Islamisierung Deutschlands« oder der »drohenden Umvolkung« schwadroniert – Begriffe, die auch bei der AfD oder anderen rechten Gruppierungen Verwendung finden. Mit der Leugnung dieses Zusammenhangs und dem Verweis auf den »Einzeltäter« entledigen sich Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen jeglicher Mitverantwortung. Im Anschluss machen sie es sich wieder in der Opferrolle gemütlich.

Warum die Erzählung vom »Einzeltäter« aber auch von anderen immer wieder herangezogen wird, ist schnell zu beantworten: Die Theorie bietet ein einfaches Erklärungsmuster für ein komplexes gesellschaftliches und politisches Problem. Die Auseinandersetzung damit würde für jede*n Einzelne*n Reflexion und Arbeit bedeuten.

Erinnern statt Verdrängen

Viele Menschen haben sich für die Erinnerung an die Opfer des Anschlags eingesetzt. In etlichen Städten sind Plakate mit den Gesichtern der Ermordeten zu sehen. Unter dem Hashtag #SayTheirNames werden vor allem auf Twitter und Instagram nun immer mehr Posts mit den Namen der Opfer veröffentlicht. Direkt nach dem Anschlag wurden in ganz Deutschland Demonstrationen und Gedenkminuten abgehalten. Doch gleichzeitig wurde immer wieder spürbar, dass es kein Innehalten der gesamten Gesellschaft gibt. Deutlich spürbar war dies im Karneval. »Ja, es gab Schweigeminuten, in denen man der Ermordeten gedachte, es gab scharf kommentierende Umzugswagen, es gab klare Büttenreden«, schreibt die Schauspieler*in und Autorin Samira El Ouassil auf [spiegel online](#). [12] »Aber mithilfe kostümierten Wegfeierns eine trötige Alltäglichkeit wieder herstellen zu wollen, ist einerseits falsch verstandene Widerständigkeit gegen Rechtsextremismus, andererseits Demonstration mangelnden Verständnisses darüber, welches Fanal der Anschlag in Hanau darstellt.«



Instagram Tupoka Ogette (bei Instagram: »tupoka.o«), 25.02.2020 Story-Screenshot

Der Schock hat sich bei viel zu vielen gelegt, heute wird das Leben von Corona dominiert. Beinahe könnte die Vermutung aufgestellt werden, dass endlich der Fokus woanders liegt. Umso mehr gilt es nun, weiter über Rechtsextremismus und Rassismus zu sprechen.

In unser aller Verantwortung steht, diejenigen zu unterstützen, die sich als Betroffene oder als Allies (Personen, die nicht selbst Teil der Communities sind, aber diese aktiv unterstützen) engagieren und das Thema immer wieder präsent zu halten.

Unterstützung geht auch durch Spenden, zum Beispiel hier:

Spenden für die Arbeit der Initiative 19. Februar Hanau Lückenlos e.V.

IBAN: DE19430609674108589900

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank Bochum

Verwendungszweck: »19Februar«

Spenden für die Hinterbliebenen und Überlebenden des rassistischen Attentats am 19. Februar in Hanau

Kontoverbindung des Opferfonds CURA:

Amadeu Antonio Stiftung

GLS Bank Bochum

IBAN: DE75 4306 0967 6005 0000 02

BIC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck: »HANAU«

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=NXyUcQbcr8A>

[2] Zeit Online, 26.02.2020, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-02/rassismus-hanau-anschlag-rechte-gewalt-wir-sind-hier>

[3] tagesschau.de, 27.03.2020, <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/hanau-taeter-bka-101.html>

[4] SZ, 28.03.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/anschlag-hanau-rechtsextremismus-abschlussbericht-bka-1.4859441>

[5] Twitter BKA, 31.03.2020, <https://twitter.com/bka/status/1244938778374025218>

[6] SZ, 6.04.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/hanau-anschlag-bka-interview-selma-yilmaz-ilkan-1.4868900>

[7] missy-magazin.de, 25.02.2020, <https://missy-magazine.de/blog/2020/02/25/deutschland-brennt/>

[8] KStA, 20.02.2020, <https://www.ksta.de/koeln/reaktionen-auf-morde-in-hanau-schweigeminute-im-historischen-rathaus-fuer-opfer-36278206>

[9] Brief Serpil Temiz vom 4. März 2020, im Original unter: https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-03/brief_0403.pdf

[10] <https://19feb-hanau.org/>

[11] neue deutsche medienmacher*innen, 25.02.2020, <https://www.neuemedienmacher.de/berichterstattung-hanau/>

[12] spiegel-online.de, 27.02.2020, <https://www.spiegel.de/kultur/karneval-nach-hanau-keine-heilung-durch-helau-a-8f6de79a-044c-4b5d-a663-57d3e7fc74cf>

*Autor*innen: Mitarbeiter*innen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln*



© Werner Jung

Die Fort-Anlage wurde 1962 niedergelegt, seit 1981 erinnert ein Gedenkstein an den Standort des Lagers. Die langen Anstrengungen des Bürgervereins Köln-Müngersdorf um eine würdige Gestaltung für diesen Gedenkort wurden vom NS-Dokumentationszentrum intensiv begleitet und vom Rat und allen relevanten Ausschüssen einstimmig begrüßt, waren aber auch vor Ort auf gewisse Widerstände gestoßen.

Der Entwurf des 2006 verstorbenen Künstlers Simon Ungers erinnert mit einer Wand aus Cortenstahl an die Mauern des ehemaligen Forts. Die Stahlwand ist von Öffnungen durchbrochen, die man als Zeichen der Hoffnung interpretieren kann. Die baulich komplexe Installation wurde mit Hilfe der Baufirma von Anton Bau-singer errichtet.



© Ulrike Bach

Eröffnung des »Gedenkorts Deportationslager Köln-Müngersdorf«

Am Sonntag, dem 15. März, war vom Bürgerverein Köln-Müngersdorf und dem NS-Dokumentationszentrum zur Einweihung des »Gedenkorts Deportationslager Köln-Müngersdorf« eingeladen worden. Das Kunstwerk von Simon Ungers war im Januar in sein Fundament eingelassen worden. Auch der aus Ziegelsteinen hergestellte Weg des Gedenkens, der zum ehemaligen Barackenlager führt, war rechtzeitig fertiggestellt worden. Hier informieren Texttafeln auf drei Infoblöcken über die Geschichte des Deportationslagers. Das Kunstwerk von Simon Ungers und der Weg des Gedenkens mit den Infoblöcken zusammen bilden den neu entstandenen Gedenkort Deportationslager Köln-Müngersdorf.

Alles war für die offizielle Einweihung vorbereitet. Fast 4.000 Menschen hatten sich nach erfolgter Zusendung einer Einladung angemeldet. Angesichts des gerade begonnenen shut down des öffentlichen Lebens wurde die Veranstaltung jedoch kurz vorher abgesagt. So gab es keine öffentliche Veranstaltung und Versammlung, jedoch gingen viele Interessierte und Spaziergänger an den Gedenkort am Walter-Binder-Weg. Eine offizielle Einweihung steht zwar noch aus, aber immerhin fand der Gedenkort so eine Würdigung in der Öffentlichkeit.

Zur Erinnerung an die Vorgeschichte:

Im ehemaligen Fort Köln-Müngersdorf und einem Barackenlager, das von städtischen Behörden errichtet wurde, wurden zwischen 1941 und 1945 von der Gestapo jüdische Bürgerinnen und Bürger aus Köln und dem Umland unter unmenschlichen Bedingungen interniert, um dann von hier aus in die Vernichtungslager deportiert zu werden. Schätzungsweise 3500 Menschen wurden hier festgehalten, mussten Zwangsarbeit leisten und auf die Deportation warten.

Wenn auch ohne offiziellen Akt konnten von der interessierten Bevölkerung beide Teile des neuen Gedenkorts, das Kunstwerk und der Weg des Gedenkens zum ehemaligen Barackenlager, in Augenschein genommen werden. Zu danken ist neben dem Bürgerverein auch dem Kleingärtner-Verein, die den Spaziergängern Kaffee anboten – auf dem Gelände des ehemaligen Barackenlagers. Es bleibt zu wünschen, dass eine dem Anlass angemessene Einweihung noch nachgeholt werden kann. Jedenfalls hat das bürgerschaftliche Engagement zu einem großen Erfolg geführt: Es ist ein bedeutsamer Gedenkort für einen zentralen Ort des nationalsozialistischen Verbrechens in Köln geschaffen worden.

Zum Hintergrund ist nochmal auf die Publikation des Bürgervereins »Opfer des Nationalsozialismus in Köln-Müngersdorf« von Kurt Schleichriemen zu verweisen und die Informationen auf der Seite des NS-DOK <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=2821>

Martin Sölle



© Ulrike Bach



Kein Veedel für Rassismus ist eine Interessensgemeinschaft von Menschen, die sich für Demokratie, Gemeinschaft und Herz statt Hetze einsetzen. Menschen, deren Herz im Veedel schlägt. Menschen, die möchten, dass unsere Veedel für Offenheit, Vielfalt, Respekt, Toleranz, Zusammenhalt, Solidarität, gute Nachbarschaft, Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und Rücksicht stehen.

Seit Juni 2019 arbeiten wir an einer Kampagne für die kommende Kommunalwahl in Köln (13. September 2020).

Unser Projekt: Wir wollen mehrere Wochen vor der Kommunalwahl in Köln sichtbar machen, dass Rassismus in unseren Veedeln keinen Platz hat! Und zwar in Form von Fahnen, die möglichst viele Kölner*innen an ihre Fenster und Balkone hängen - siehe <https://www.startnext.com/11000-fahnen-fuer-koeln>

Wie viele andere Kölner*innen auch, sind wir gewöhnliche Ottonormalverbraucher, die unsere schöne Stadt im Herzen tragen und den Wunsch haben, dass unsere Stadt weiterhin so emotional bleibt, wie wir sie kennen und fühlen. Allerdings haben wir kein großes Netzwerk hinter uns, welches aber für solch eine Kampagne unerlässlich ist.

Wir haben viel Zeit und auch Geld in diese Kampagne investiert. Dies haben wir sehr gerne getan. Uns ist klar, dass aktuell die Corona-Krise im Vordergrund steht. **Wir finden unser Projekt aber auch sehr wichtig. Denn diese Krise kann ein Einfallstor für weitere Ausgrenzung und Rassismus sein. Dem sollten wir gemeinsam zu jeder Zeit entgegentreten.**

Unsere Kampagne benötigt also etwas Unterstützung von *oben*. Übrigens: Unsere Oberbürgermeisterin Henriette Reker findet „die Aktion großartig“.

Zum Internationalen Aktionstag gegen Rassismus (21.03.2020) haben wir ein Crowdfunding für unsere Kampagne gestartet. Wer sich beim Crowdfunding mit 5 EUR beteiligt, bekommt eine Fahne. Die ersten 35 Prozent der Fundingsumme sind bereits eingegangen. Etwa 5000 Euro in den ersten drei Tagen. Seitdem läuft es aber eher schleppend.

Leider erschwert die Corona-Krise momentan die weitere Bekanntmachung unserer Kampagne.

Wir haben tausende Flyer drucken lassen, die verteilt werden wollen. Zudem haben wir viele Ideen, wie die Kölner*innen von dieser Kampagne erfahren sollen. Doch seit Start des Crowdfundings geht das alles wegen der Kontaktsperre eben gerade nicht bzw. nur virtuell.

Daher müssen wir nun neue Wege gehen und bitten Sie um Ihre Unterstützung, indem Sie Ihr Netzwerk (Newsletter etc.) über diese Kampagne informieren und folgenden Link teilen: <https://www.startnext.com/11000-fahnen-fuer-koeln>

Natürlich würden wir uns auch freuen, wenn Sie unsere Kampagne finanziell unterstützen würden. Vielen Dank!

Sonnige und herzliche Grüße aus Zollstock
Rosa Maria Bianco (Projektleitung)



© Jan Krauthäuser

Spendenaufuf von Maro Drom – Kölner Sinte und Freunde e.V.

Seit vielen Jahren schon arbeiten das NS-Dokumentationszentrum und die Familie Reinhardt aus Roggendorf-Thenhoven gut und vertrauensvoll zusammen. In mehrere Projekte des NS-DOK zur Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus sind Erfahrungen und Berichte von Angehörigen der Kölner Sinti-Familie eingeflossen. Der Musiker Markus Reinhardt hat häufig mit seinem international bekannten Ensemble Veranstaltungen im EL-DE-Haus begleitet und u. a. die Spendenverdoppelungsaktion der Bethe-Stiftung aktiv unterstützt.

Nun wendet sich Markus Reinhardt im Namen von Maro Drom – Kölner Sinte und Freunde e.V. an die Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus mit der Bitte um Unterstützung.

Im Jahre 2015 haben Markus Reinhardt und einige weitere Aktive den Verein Maro Drom – Kölner Sinte und Freunde e.V. (www.marodrom.de) gegründet, der sich die Bewahrung der Geschichte, Sprache und Kultur deutscher Zigeuner zum Ziel gemacht hat. »Maro Drom«, aus dem Romanes übersetzt heißt das »Unser Weg«, hat seitdem erfolgreich an verschiedenen Standorten in Köln und NRW Festivals durchgeführt, bei denen mit kleineren Ausstellungen, Lesungen, Konzerten und Diskussionen über die Erfahrungen der Familie Reinhardt und anderer Sinti und Roma unter den Nazis und in der Nachkriegszeit informiert wurde.

Als mobiler Ausstellungs-, Begegnungs- und Aktionsraum diente dabei ein historischer »Zigeunerwagen«, der jeweils für den konkreten Zweck angemietet werden musste.

Ermutigt durch die ausgesprochen positive Resonanz auf diese Veranstaltungen entstand die Idee für die »Denkfahrt Auschwitz Köln«. Auf den Spuren der überlebenden Vorfahren wollen die Aktiven von Maro Drom begleitet von einigen Zeitzeugen den Weg von den polnischen Lagern nach Köln erfahren. Unterwegs sollen an verschiedenen Standorten Informations-, Begegnungs- und Kultur-feste nach Kölner Muster veranstaltet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei Erinnern, Begegnung, Lernen und Miteinander. Es soll um Gedenken und um Nachdenken gehen. Und um Anstöße für ein Neudenken gemeinsamer Zukunft. In gegenseitiger Wertschätzung, ohne Vorurteile und Diskriminierung.

Dieses Vorhaben traf sehr schnell bei den Kölnerinnen und Kölnern und in den Medien auf Interesse und großen Zuspruch. In ersten Kontakten zu öffentlichen Stellen beim Bund und beim Land

NRW wurde die Bereitschaft zur Beteiligung an den Projektkosten signalisiert. Offen ist aber nach wie vor die Finanzierung des Herzstücks der geplanten Aktion: des historischen Oberlichtwagens. Der »Zigeunerwagen« soll auch nach der »Denkfahrt Auschwitz Köln« weiterhin als mobiles Kulturzentrum und Veranstaltungsstätte dienen und im Besitz von »Maro Drom – Kölner Sinte und Freunde e.V.« bleiben. Diese Investition kann im Unterschied zu den einmaligen Projektkosten durch öffentliche Programme nicht bezuschusst werden.

Mit maßgeblicher Unterstützung von Dr. Karola Fings und dem NS-DOK und bezuschusst von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen haben Markus Reinhardt und Krystiane Vajda von Maro Drom – Kölner Sinte und Freunde e.V. zwanzig Zeitzeugen aus Köln, anderen deutschen Städten, aus den Niederlanden und aus Polen um ihre Geschichten gebeten und diese in Videointerviews mit Texten, Fotos und weiteren Exponaten dokumentiert. Damit existiert bereits eine hervorragende Grundlage für den Umbau des Oberlichtwagens zu einem fahrbaren Ausstellungsraum.

Unsere Website: <http://marodrom.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/marodromev>

Zigeunerwagen-TV: https://www.youtube.com/channel/UCnKI_JcSWu75kfCLk972fCQ

Nun fehlen Maro Drom noch die Mittel, um den 60.000 Euro teuren historischen »Zigeunerwagen« anzuschaffen.

Mit Ihrer Spende können Sie einen wirksamen Beitrag dafür leisten, dass aus unserer Idee eine einzigartige Aktion werden kann. Der Verein EL-DE-Haus, Förderverein des NS DOK, stellt dafür sein Konto zur Verfügung und wird die eingegangenen Spenden gesammelt an den Maro Drom e.V. übergeben. Bei Spenden unter 200 Euro reicht beim Finanzamt der Überweisungsbeleg als Nachweis. Für darüber liegende Beträge erhalten Sie selbst verständlich eine entsprechende Spendenbescheinigung.

Jeder Betrag zählt!

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE05 3702 0500 0001 2559 01

Wir sind für jeden Euro dankbar!



»Mit Energie schmerzhaft Prozesse vorangetrieben«
(Gerhart Baum in seinem Vorwort zum Buch)

Edelweißpiraten und Kriegsverbrecher Anton Malloth Aus dem Vorwort von Peter Finkelgruen (2019)

Im September dieses Jahres erschien in der Kölner Presse eine Todesanzeige zum Andenken an Dr. jur. Richard Dette. Mit Interesse nahm ich sie zur Kenntnis. Den Regierungsdirektor Dr. Dette habe ich im Zusammenhang mit der Edelweißpiratendebatte und ihrer fortgesetzten Verunglimpfung als Kriminelle kennengelernt. Diese Verweigerung einer Rehabilitation bedeutete für viele der überlebenden Edelweißpiraten, dass sie auch nach dem Krieg als Kriminelle betrachtet und entsprechend behandelt wurden, unter anderem von Dr. Dette, denn dieser Beamte beim Kölner Regierungspräsidenten war zuständig für Wiedergutmachungsangelegenheiten. Er hatte ein gesegnetes Alter von 91 Jahren erreicht.

Als ich die Anzeige sah, erinnerte ich mich wieder daran, mit welchen Mitteln Dr. Dette seine Position, die Edelweißpiraten seien keine Widerständler, vertrat: Sie seien einfach »Kraat« gewesen. Er benutzte mehrfach die herabwürdigende Bezeichnung im Kölner Dialekt, die mich empörte. Es war Jean Jülich, der legendäre Wirt der Kneipe »Em Blomekörvche« in der Kölner Südstadt, der mir diesen Begriff ins Hochdeutsche übersetzte: »Kraat« bedeutet Unterschicht, Pöbel, und erhielt einen ganz besonders unangenehmen Beiklang, wenn ein promovierter Beamter wie Dr. Dette ihn verwendete. Jean Jülich war einer der bekanntesten Kölner Edelweißpiraten, von ihm erfuhr ich viel über Köln in der Kriegszeit. Und erst durch ihn und die anderen Edelweißpiraten lernte ich Köln wirklich kennen – in jeglicher Hinsicht.

Jean Jülich, der im Alter von 15 Jahren in Gestapo-Haft saß und nach dem Krieg von der Wiedergutmachungsbehörde und auch einigen Kölnern als vorbestraft, ja als Krimineller betrachtet wurde, erlebte seine Rehabilitierung durch Oberbürgermeister Jürgen Roters noch. Jülich brachte vielen, vor allem jungen Kölnern die Erinnerung an die Edelweißpiraten auf dem jährlichen Festival auf lebendige Weise näher und starb im Oktober 2011. Er wurde 81 Jahre alt. OB Jürgen Roters hielt die Trauer-Rede für Jean Jülich auf dem Kölner Südfriedhof. [H.L.]

Dr. Dettens letzte Anschrift lautete Elisabeth-Langgässer-Straße – und auch dies weckt bei mir Erinnerungen. Am Türrahmen meines Zimmers ist eine Mezuzah angebracht, die mir meine Freundin Cordelia Edvardson am Abend der Welturaufführung des Theaterstücks »Schöner Toni« von Joshua Sobol im Mai 1994 in Düsseldorf schenkte. Cordelia kam zur Premiere extra aus Jerusalem angereist. Dort hatten meine Frau Gertrud und ich sie während der achtziger Jahre kennen- und schätzen gelernt. Cordelia Edvardson, die schwedisch-israelische Autorin und Korrespondentin, war 1944, im Alter von 15 Jahren, nach Auschwitz gekommen. Die Gestapo hatte ihrer Mutter, der Schriftstellerin Elisabeth Langgässer, zuvor angedroht, Cordelias Geschwister der Mutter ebenfalls zu entreißen. Aus

Cordelias Erzählungen erfuhr ich, dass sie meine Großmutter Anna, die ebenfalls in Auschwitz inhaftiert gewesen war, dort kennengelernt hatte.

Bereits in Jerusalem hatte ich Cordelia von meinen Bemühungen den Kölner Edelweißpiraten die ihnen zukommende Anerkennung zu verschaffen erzählt, ebenso wie von den Begegnungen mit Dr. jur. Richard Dette. Ob sie es witzig gefunden hätte, dass er zuletzt in einer Straße gelebt hat, die den Namen ihrer Mutter trug? Ich werde es nie erfahren: Cordelia starb 2012 im Alter von 83 Jahren in Stockholm. Als Gertrud und ich wieder in Köln lebten, kam Cordelia immer wieder mal zu Besuch [...].

So auch davon, dass wir erfahren hatten, wer meinen Großvater Martin in der kleinen Festung Theresienstadt ermordet hatte – und wie schwer es uns fiel, den Verfolgungsdruck auf den SS-Mann Anton Malloth, vor dem Hintergrund der Unwilligkeit der Dortmunder Staatsanwaltschaft den Mörder vor Gericht anzuklagen, aufrecht zu erhalten. Davon handelte auch das Stück »Schöner Toni«. Dass Cordelia bei der Premiere [...] dabei war und mir, als es dunkel wurde, die in Geschenkpapier eingewickelte Mezuzah in die Hand drückte, die sie, wie sie mir zuflüsterte, auf dem Basar in Damaskus erstanden hatte, machte mir dieses Geschenk so unendlich wertvoll.

Es sollte nach dieser Theaterpremiere noch sechs Jahre dauern, in denen ich nach überlebenden Zeugen forschte, Anwälte engagierte, Anträge formulierte und das nordrhein-westfälische Landesparlament, die italienische, bundesdeutsche und tschechische Regierung, die bayerische Landesregierung und nicht zuletzt die Presse und die Öffentlichkeit mobilisieren musste, bis Anton Malloth am 15. Dezember 2000 endlich wegen Mordes angeklagt wurde. Malloth wurde zu meiner Lebensaufgabe, obwohl es eigentlich nicht meine Aufgabe gewesen wäre, diesen Mörder vor Gericht zu bringen. Da gab es eine ab Oktober 1961 eigens eingerichtete Staatsanwaltschaft in Dortmund, die »Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen«, deren wesentliche Aufgabe in der Verfolgung nationalsozialistischer Massenverbrechen bestand, die es schaffte, in einem Vierteljahrhundert Ermittlungen gegen knapp einhundert Verdächtige durchzuführen, ohne einen einzigen Fall zur Anklage zu bringen.

Darin spiegelte sich der Zustand der Bundesrepublik der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre wieder: NS-Täter erfuhren nicht nur Milde, sondern wurden vom Staat und der Gesellschaft regelrecht in Schutz genommen – vor allem dann, wenn ein Opfer es wagte, mit dem Finger auf die unbehelligt herumlaufenden Massenmörder zu zeigen. Im Umgang mit Opfern der NS-Justiz, etwa den Beteiligten und Mitwissern an dem Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler, und deren Angehörigen war man weniger zimperlich, diese hatten an den Folgen oft ihr Leben lang zu tragen, auch an den Auswirkungen dessen, was man damals gemeinhin »Sippenhaftung« nannte.

Zusammengestellt von Hajo Leib

Peter Finkelgruen: »Soweit er Jude war...«

Moritat von der Bewältigung des Widerstandes.

Herausgegeben von Roland Kaufhold, Andrea Livnat, Nadine Englhart, Hardcover, 352 Seiten, 39,90 EUR
ISBN 9783752812367 Verlag Books on Demand

Peter Finkelgruen, 1942 in Shanghai als jüdisches Flüchtlingskind geboren, in Prag und Israel aufgewachsen, siedelte 1959 nach Deutschland über. Als Journalist und Schriftsteller, langjähriges Mitglied des P.E.N.-Zentrums deutschsprachiger Autoren im Ausland, hat mehrere Bücher über seine Familiengeschichte verfasst. Seit über 40 Jahren lebt er in Köln, wo er u.a. die Jahrzehnte lange beschämenden Auseinandersetzungen um die Edelweißpiraten verfolgte, bis sie endlich von der Stadt Köln offiziell als widerständige Jugendbewegung gegen das NS-Regime anerkannt wurden.